



Lagebericht
der
Sparkasse Geseke
zum
31.12.2016

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Geseke ist gemäß § 1 Sparkassengesetz (SpkG) eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 3776 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse Geseke ist die Stadt Geseke. Geschäftsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers und die Amtsgerichtsbezirke Lippstadt, Delbrück und Paderborn. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses zeitnah kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016 und das unerwartete Austrittsvotum Großbritanniens aus der Europäischen Union haben das Expansionstempo der Weltwirtschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt. Sie befindet sich weiterhin in einer moderaten Wachstumsphase. Zwar wurde die Dynamik in den großen Industrieländern von der schwächeren Entwicklung in den Vereinigten Staaten gedämpft. Jedoch stabilisierte sich die Lage in den Schwellenländern, was insbesondere auf die Festigung der Konjunktur in China zurückzuführen war. In den rohstoffexportierenden Schwellenländern dürfte sich die Stabilisierung des Ölpreises positiv ausgewirkt haben.

Im Euro-Raum hat sich die konjunkturelle Erholung in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Seit mittlerweile drei Jahren steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion kontinuierlich an. Problematisch ist allerdings, dass ein wesentlicher Teil des Wachstums auf die expansive Geldpolitik zurückgeht. Gleichzeitig nutzen die Regierungen der Mitgliedsstaaten die günstige Lage nicht hinreichend, um ihre Haushalte nachhaltig zu verbessern und marktorientierte Strukturreformen durchzuführen. Die Wirtschaftsleistung des Euro-Raums hat inzwischen das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 übertroffen. Auch auf dem Arbeitsmarkt schreitet die Erholung voran; die Arbeitslosenquote liegt mit 10,1 % auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2011. Die damit einhergehenden Einkommenszuwächse treiben die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Nachfrageseitige Impulse kamen darüber hinaus von den Ausrüstungsinvestitionen der privaten Unternehmen, die seit Jahresmitte 2013 kontinuierlich angestiegen sind. Dies lässt den Schluss zu, dass sich die Absatzaussichten der Betriebe allmählich wieder verbessern. Gleichwohl befinden sich die aktuellen Zuwachsraten der Investitionen immer noch auf einem niedrigen Niveau.

Die aktuelle Wirtschaftsentwicklung liefert grundsätzlich ein positives Bild: Deutschland befindet sich im Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Jahr 2016 um 1,9 % zugelegt (Vorjahr: 1,7 %). Getragen wird der Aufschwung von der dynamischen Binnennachfrage, insbesondere von der deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der Wohnungsbauinvestitionen. Die Konsumausgaben der Privathaushalte stiegen in diesem Jahr um 2,0 % (Vorjahr: 2,0 %). Ausschlaggebend für die gute Konsumentenstimmung ist die positive Einkommensentwicklung, die wiederum auf die robuste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote ist von 6,4 % im Vorjahr auf 5,8 % in diesem Jahr gesunken. Damit ist Deutschland nicht mehr allzu weit von der Vollbeschäftigung entfernt, die bis zu einer Quote von 5,0 % definiert ist. Die größte Herausforderung besteht aktuell darin, die hohe Anzahl anerkannter Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Zuwachsrate der Exporte wird sich von 5,2 % im Jahr 2015 auf voraussichtlich 3,3 % in diesem Jahr abschwächen. Dämpfend wirken die zögerliche Erholung der Weltwirtschaft und der wenig dynamische Welthandel. Darüber hinaus hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

zuletzt leicht verschlechtert: Die positiven Effekte der zurückliegenden Euro-Abwertung laufen allmählich aus; zudem steigen die Lohnstückkosten. Im Zuge des mittlerweile seit rund drei Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs hat die Auslastung der Produktionskapazitäten kontinuierlich zugenommen. Gleichwohl bleibt die Expansion der Unternehmensinvestitionen moderat; sie reicht nicht an das Niveau früherer Aufschwünge heran. Bei den Ausrüstungsinvestitionen (bewegliche Investitionsgüter wie Maschinen und Fahrzeuge) wird in diesem Jahr ein Zuwachs von 1,6 % (Vorjahr: 3,7 %) erwartet. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden wohl um 0,6 % sinken, nachdem sie im Jahr 2015 bereits um 1,8 % zurückgegangen sind.

Die Konjunktur in Westfalen-Lippe bleibt in einem unruhigen internationalen Umfeld auf Expansionskurs. Das Brexit-Votum wird die Wirtschaft hierzulande voraussichtlich nur geringfügig belasten. Die langfristigen Auswirkungen der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten sind derzeit nur schwer absehbar; in der kurzen Frist dürften die Folgen begrenzt sein. Vor diesem Hintergrund werden die Exporte den Aufschwung auch weiterhin in moderatem Umfang stützen. Getragen wird die gesamtwirtschaftliche Expansion nach wie vor von der dynamischen Binnennachfrage. Der Aufschwung in Westfalen-Lippe wird sich in den kommenden Monaten voraussichtlich fortsetzen; zugleich dürfte die konjunkturelle Dynamik wieder etwas zulegen. Dies zeigt der Anstieg des Sparkassen-Konjunkturindikators um 2,9 Punkte auf 125,6 Punkte. Er spiegelt das gewogene Mittel aus Geschäftslage und Zukunftsaussichten von rund 2.900 Unternehmen sämtlicher Branchen der Region wider. Gegenüber der Herbst-Umfrage haben sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Geschäftserwartungen aufgehellt.

Zinsentwicklung

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird vor allem von der sehr expansiven Geldpolitik getragen; sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern ist das Zinsniveau außergewöhnlich niedrig. Zudem haben die Zentralbanken der großen Industrieländer die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit umfangreichen quantitativen Lockerungsmaßnahmen gestützt. Grundsätzlich lassen sich dauerhaft höhere Wachstumsraten jedoch nicht mit geldpolitischen Maßnahmen erzielen; sie wirken nur temporär auf die Wirtschaftsleistung. Das derzeitige Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich daher als nicht nachhaltig erweisen.

Aus Sicht des Sachverständigenrates ist die Geldpolitik der EZB für den Euro-Raum derzeit nicht angemessen. Nach zahlreichen Lockerungen liegt der Hauptrefinanzierungssatz aktuell bei 0,0 % und der Einlagenzins bei -0,4 %. Zudem versorgt die EZB die Banken über mehrjährige Refinanzierungsgeschäfte zu sehr günstigen Finanzierungsbedingungen mit Liquidität im Umfang von aktuell 500 Mrd. €. Durch ihre Ankaufprogramme für Wertpapiere weitete die Notenbank ihre Bilanz außerdem erheblich aus. All diese Maßnahmen lassen sich mit den aktuellen Konjunkturdaten kaum in Einklang bringen. Angesichts des weiterhin positiven Potenzialwachstums gibt es wenig Evidenz für ein außerordentlich niedriges Zinsniveau. Darüber hinaus befindet sich die – vorwiegend infolge des Ölpreisverfalls gesunkene – Verbraucherpreisinflation von zuletzt 0,2 % nicht in einem Bereich, der die aktuelle geldpolitische Ausrichtung rechtfertigen könnte.

Die Lockerungsmaßnahmen haben die Zinsstrukturkurve so weit nach unten verschoben, dass die Langfristzinsen auf Staatsanleihen mit guter Bonität negativ wurden. Ferner sind die Zinsen für Unternehmenskredite deutlich gefallen und die Vermögenspreise stark angestiegen.

Insgesamt betrachtet bleibt das Zinsniveau auf einem historisch niedrigen Stand.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016

EU-Einlagensicherung

Ab 01.01.2016 erfolgt die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds (Vergemeinschaftung). Das Zielvolumen des einheitlichen, EU-weiten Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund - SRF) soll zum 01.01.2024 erreicht sein. Durch die Bankenabgabe sollen die Kosten des systematischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor auferlegt werden.

EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Im Jahr 2014 trat die EU-Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher in Kraft, deren Inhalte bis zum 21. März 2016 in deutsches Recht zu übertragen waren. Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfes sind erweiterte Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung des Darlehensnehmers sowie an die vorvertraglichen Informationspflichten des Darlehensgebers, geänderte Vorgaben zur Berechnung des effektiven Jahreszinses und die Einführung von Regelungen über die Erbringung von Beraterleistungen in Zusammenhang mit Immobilienverbraucherdarlehen. Die Sparkasse hat die Anforderungen zum 21.03.2016 umgesetzt.

SREP-Bescheid / Allgemeinverfügung für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Im Mai 2016 wurden von den deutschen Aufsichtsbehörden erstmals Details zur Methodik des aufsichtlichen Prüfungs- und Überwachungsprozesses (SREP) veröffentlicht, den alle als weniger bedeutend klassifizierten Institute (LSIs) in den kommenden Jahren durchlaufen werden.

Im Zuge des LSI-SREP wird dabei unter anderem auch ein Eigenkapitalzuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch ermittelt, den die Institute zusätzlich zu bestehenden Kapitalanforderungen und -puffern erfüllen müssen. Schon zu Beginn des Prozesses haben die Aufsichtsbehörden ein dreistufiges Verfahren angekündigt, dass die Überprüfung und Kapitalfestsetzung von rund 300 Instituten in 2016 und je 650 bis 700 Instituten in den Jahren 2017 und 2018 vorsieht.

Daraus erwächst jedoch die Problematik, dass Teile der Institute erst zu einem viel späteren Zeitpunkt als andere die erhöhten Kapitalanforderungen erfüllen müssen, was im Umkehrschluss zu einem Wettbewerbsnachteil für die bereits im LSI-SREP berücksichtigten Institute führt. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, haben die Aufsichtsbehörden eine Allgemeinverfügung zur Anordnung von Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch veröffentlicht, die erstmals zum Meldestichtag des Standardzinsschocks per 31.12.2016 wirksam wurde. Der oben angeführten Argumentation folgend, gilt die Allgemeinverfügung für alle LSIs, die noch keinen SREP-Kapitalzuschlag erhalten haben oder deren SREP-Bescheid noch nicht rechtskräftig ist.

Aus der Allgemeinverfügung berechnet sich für die Sparkasse Geseke zum 31.12.2016 ein Kapitalzuschlag von 1,4 Prozentpunkten.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs im Berichtsjahr

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um 12,8 Mio. EUR bzw. 4,6 % auf 290,1 Mio. EUR. Das geplante Wachstum der Durchschnittsbilanzsumme von 2,2 % wurde mit 3,3 % übertroffen. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen stieg auf 448,1 Mio. EUR nach 436,2 Mio. EUR im Vorjahr.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 5,6 % deutlich über dem geplanten Niveau von 3,5 %. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2016 auf 42,1 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus stiegen im Gesamtjahr um 19,3 % auf 23,5 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme stieg auf 63,3 % (Vorjahr 62,7 %).

Die Darlehensforderungen gegenüber Privatpersonen stiegen um 1,5 % auf 101,0 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte stieg um 24,4 % auf 27,5 Mio. EUR. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der gestiegenen Investitionsbereitschaft um 3,5 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbständige blieben in etwa auf Vorjahresniveau. Die weiterhin starke Nachfrage nach staatlich geförderten Kreditmitteln in Form von Weiterleitungsdarlehen führte in diesem Bereich zu einem Anstieg von 3,8 % auf 19,2 Mio. EUR.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 8,6 Mio. EUR auf 85,4 Mio. EUR. Der Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich um 4,9 Mio. EUR auf 69,5 Mio. EUR und die Anteile an Investmentfonds stiegen um 3,7 Mio. EUR auf 15,9 Mio. EUR.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2016 von 3,9 Mio. EUR entfiel fast ausschließlich auf die Beteiligung am SVWL.

3.5. Einlagengeschäft

Die Sparkasse hatte für 2016 ein Wachstum der Geldvermögensbildung, bestehend aus Kundeneinlagen und Nettoabsatz im Wertpapiergeschäft, von 2,5 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einer Erhöhung um 12,5 Mio. EUR deutlich übertroffen werden. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase bevorzugten unsere Kunden weiterhin

flexible und schnell verfügbare Anlageformen. Dementsprechend erhöhte sich der Bestand der Sichteinlagen um 12,2 Mio. EUR während die Sparmittel insgesamt zurückgingen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 5,6 Mio. EUR auf 10,6 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Schuldscheindarlehen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen um 0,9 Mio. EUR auf 47,7 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich ausschließlich um Sparkassenbriefe und langfristige Weiterleitungsdarlehen.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse verlief im Geschäftsjahr 2016 insgesamt erfreulich. Das Ergebnis im Dienstleistungsgeschäft liegt über dem Niveau des Jahres 2015 und konnte die an 2016 gestellten Erwartungen überwiegend erfüllen.

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2016 maßgeblich von der weiteren Erholung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Sowohl im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere als auch bei den Investmentanteilen konnten Zuwächse erreicht werden. Der Nettoabsatz konnte mit einem Zuwachs von + 5,3 Mio. EUR deutlich gesteigert werden.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 173 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 7,5 Mio. EUR abgeschlossen. Während sich die Anzahl der abgeschlossenen Verträge etwas verringerte, konnte das Volumen mit einem Zuwachs von 1,5 Mio. EUR deutlich gesteigert werden.

Die Anzahl der vermittelten Lebensversicherungen sank von 118 in 2015 auf 98 in 2016, entsprechend fiel die Beitragssumme von 2,5 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR. Das Provisionsergebnis im Versicherungsgeschäft liegt in etwa auf Vorjahrsniveau. Mit der Vermittlung von 283 Kreditkarten im Berichtsjahr ist die Sparkasse zufrieden.

Die Anzahl der Immobilienvermittlungen stieg von 14 vermittelten Objekten in 2015 auf 18 Objekte. Entsprechend erhöhte sich die courtagepflichtige Vermittlungssumme um 0,6 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR.

3.8. Investitionen

Baumaßnahmen sowie größere Investitionen wurden im Jahr 2016 nicht durchgeführt.

3.9. Personalbericht

Am 31.12.2016 beschäftigte die Sparkasse 74 Mitarbeiter (31.12.2015: 75 Mitarbeiter), davon 28 Teilzeitkräfte und 7 Auszubildende. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der bankspezifisch Beschäftigten (Teilzeitkräfte werden auf Vollzeit umgerechnet) von 50 auf 47 weiter verringert.

Um unseren Kunden ein attraktives und umfassendes Dienstleistungsangebot unterbreiten zu können und um eine gute Beratungsqualität zu gewährleisten, nahm auch im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. So wurden 52 TEUR (Vorjahr 52 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Angebote der regionalen Sparkassenakademie sowie das sparkasseneigene Weiterbildungsprogramm genutzt. Zwei Auszubildende begannen am 01.09.2016 ihre Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Geseke.

4. Darstellung , Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2016 ein Eigenkapital von 15,4 Mio. EUR (Vorjahr 15,2 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 1,0 Mio. EUR auf 10,5 Mio. EUR erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken, übertrifft am 31.12.2016 mit 14,03 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des Eigenkapital-Zuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß Allgemeinverfügung der BaFin deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 12,98 %. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2016 einen Wert von 8,13 % auf. Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Kapitalba-

sis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der BaFin wurde stets eingehalten. Sie lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5 (31.12.2016 4,74). Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 515 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die eingeräumte Kredit- und Dispositionslinie bei der Helaba wurde teilweise in Anspruch genommen.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis betrug das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,72 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2016 (Vorjahr 0,74 %). Es lag damit über dem Planwert von 0,61 %, aber unter dem Durchschnitt der Sparkassen in Westfalen-Lippe von 1,02 %. Letzteres gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2016 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 7,29 % über dem Vorjahreswert von 6,01 %. Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen hat sich von 72,3 % auf 71,1 % verbessert. Das Unternehmensziel für 2016 von maximal 70 % wurde damit knapp verfehlt. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 wie im Vorjahr 0,07 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2016	2015	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	5.356	5.730	-374	-6,5
Provisionsüberschuss	1.919	1.765	154	8,7
Sonstige betriebliche Erträge	93	68	25	36,8
Personalaufwand	3.441	3.771	-330	-8,8
Anderer Verwaltungsaufwand	1.605	1.724	-119	-6,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	337	319	18	5,6
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	1.985	1.749	236	13,5
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	169	484	-315	-65,1
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.000	600	400	66,7
Ergebnis vor Steuern	816	665	151	22,7
Steueraufwand	585	462	123	26,6
Jahresüberschuss	231	203	28	13,8

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 20
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 6,5 % auf 5,4 Mio. EUR. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen das weiterhin niedrige Zinsniveau einhergehend mit einem kurzfristigen Anlagehorizont der Kundschaft in flexiblen und schnell verfügbaren Anlageformen. Diese Entwicklung entspricht den Planungen.

Der Provisionsüberschuss konnte insbesondere aufgrund höherer Erträge aus der Kontoführung sowie dem Bauspar- und Immobiliengeschäft um 8,7 % gesteigert werden. Geplant war ein Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Die Personalaufwendungen verringerten sich durch Änderungen bei der Verbuchung und Bewertung der Pensionsrückstellungen um 8,8 % auf 3,4 Mio. EUR. Die Tarifierhöhung wurde kompensiert durch Vertragsänderungen einzelner Mitarbeiter. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken um 6,9 %. Die gesamten Verwaltungsauf-

wendungen betragen 1,77 % der Durchschnittsbilanzsumme und fielen damit geringer aus als geplant. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wiesen einen negativen Saldo in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr -0,5 Mio. EUR) aus. Der Jahresüberschuss betrug wie im Vorjahr 0,2 Mio. EUR.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Geseke mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als günstig beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die wesentlichen Risikokategorien der Sparkasse (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko) wurde die Risikostrategie aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befas-

ten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Geseke hat die Risikocontrolling-Funktion dem Abteilungsleiter Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten. Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben vom Leiter der Abteilung Organisation/Personal wahrgenommen werden. Der Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat die Sparkasse Geseke einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand festgelegter Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in der handelsrechtlichen Sichtweise danach, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit aus dem handelsrechtlichen Ergebnis und den vorhandenen Reserven der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerten Bereichen. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamt- sowie eines Risikoberichts Auskunft erteilt. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

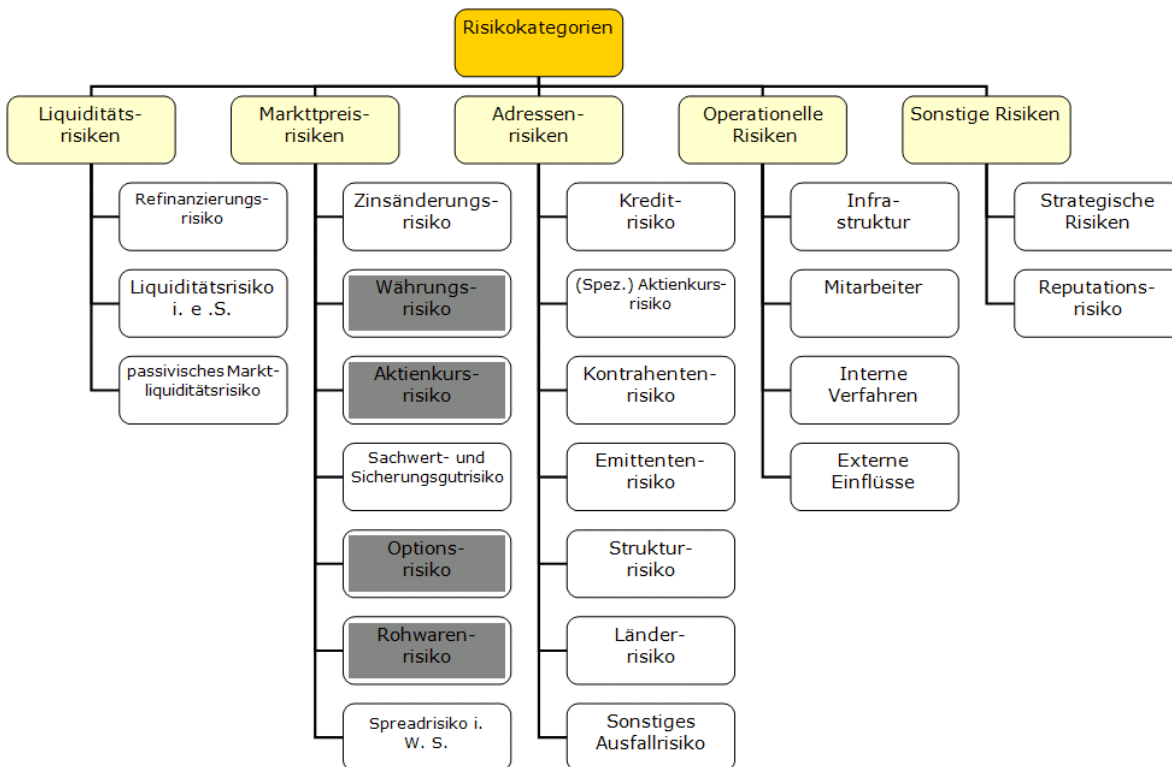
Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragsituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Bericht	Risikobezug	Berichtsrhythmus	Berichtsempfänger
Risikogesamtbericht	alle Risiken	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat, Risikoausschuss
Risikobericht	Adressenrisiko	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
Marktpreisrisikoreport (Eigenhandelsgeschäfte)	Marktpreisrisiko	wöchentlich	Vorstand

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse Geseke beschriebenen Risikokategorien:



Auf Basis der Risikoinventur wurden in der Risikostrategie die sonstigen Risiken als nicht wesentliche Risiken kategorisiert. Die verbleibenden Risikokategorien wurden als wesentlich eingestuft. Die Risikoinventur hat ergeben, dass die dunkel unterlegten Risiken für die Sparkasse keine Relevanz besitzen. Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse Geseke	Buchwerte*	
	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Kontokorrentkredite	6,1	4,5
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	4,0	3,1
auf Privatgirokonten	1,5	1,2
Darlehen aus eigenen Mitteln	163,7	156,7
Darunter:		
an Geschäftskunden	46,6	45,2
an Privatkunden	101,0	99,5
Weiterleitungsdarlehen	19,2	18,5
Avalkredite	3,0	2,5
Sonstige Forderungen	0,4	0,1
Gesamt	192,4	182,3

*Bilanzierung Aktiva 4, vor Abzug von EWB und Vorsorgereserven

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen:

	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere
	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	247.786	85.369
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten		
Deutschland	243.937	33.921
EU	3.523	44.721
Sonstige	326	6.727
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen		
Banken / Investmentfonds	12.633	29.415
Privatpersonen	134.500	---
Öffentliche Haushalte	9.006	6.742
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	87.276	49.212
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	7.674	---
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	4.679	1.031
- Verarbeitendes Gewerbe	13.852	8.651
- Baugewerbe	8.532	---
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	9.574	---
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	3.130	1.007
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4.473	28.235
- Grundstücks- und Wohnungswesen	12.821	---
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	21.809	10.288
- Organisationen ohne Erwerbszweck	732	---
- Sonstiges	---	---
Sonstige	4.371	---
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten		
< 1 Jahr	55.542	8.500
1 Jahr bis 5 Jahre	30.338	19.630
> 5 Jahre bis unbefristet	161.906	57.239

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 49,8 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 0,5 Mio. EUR, 50,2 % betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR.

Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere, das einem Länderrisiko unterliegt, welches sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, betrug am 31.12.2016 16,6 % des Gesamtkreditvolumens der Forderungen.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Zum 31.12.2016 weisen 65,6 % des gerateten Gesamtkreditvolumens ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf, 22,6 % haben eine Ratingnote zwischen BB+ und BB-, 10,0 % eine Ratingnote zwischen B+ und C und 1,8 % die Note D.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden auf Objekte im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio nach Branchen und Größenklassen gut diversifiziert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich 2016 verbessert und liegt im positiven Bereich.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Der Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt zu gleichen Teilen auf Unternehmen, wirtschaftlich selbständige Personen sowie Privatpersonen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2016	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	1.506	348	187	169	1.498
Rückstellungen	4	---	---	---	4
PWB	528	---	141	---	387
Gesamt	2.038	348	328	169	1.889

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Kreditnehmers vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall des Kreditnehmers vorliegen, wenn es nach Einschätzung der Sparkasse unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtung vollständig erfüllen kann, ohne dass die Sparkasse auf Kreditsicherheiten zurückgreifen muss.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem originären Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen hat der Vorstand Regelungen zum Beteiligungsmanagement festgelegt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL. Zum 31.12.2016 erfolgte infolge zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL eine weitere Abschreibung. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und hat dazu in den vergangenen Jahren Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage eingestellt. Ab 2016 macht die Sparkasse von der Möglichkeit einer Aussetzung der Ansparrücklage Gebrauch.

Die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) haben wir aufgrund von Wertminderungen bereits in den Vorjahren vollständig abgeschrieben.

Weitere nennenswerte Beteiligungen werden von der Sparkasse nicht gehalten.

Die Beteiligungen der Sparkasse umfassen mit einem Buchwert bzw. beizulegenden Zeitwert (fair value) von 3,9 Mio. EUR strategische, nicht börsengehandelte Beteiligungen.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten-, Kontrahenten- und Volumenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und Anleihen (69,5 Mio. EUR) sowie Investmentfonds (15,9 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen in Höhe von 77,3 % ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich mit 18,9 % um sieben Rentenfonds der Deka und einen Fonds der Landesbank Berlin. Der Geschäftsumfang wird durch die vom Vorstand vorgegebene Handelsstrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf die in der Tabelle auf Seite 11 dargestellten geographischen Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Publikumsfonds zu geographischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von Standard & Poors und Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Zur Begrenzung von Risikokonzentrationen im Depot A einschließlich der Schuldscheindarlehen wurden Einzel- und Branchenlimite festgelegt, die im Berichtsjahr weitgehend eingehalten wurden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Buchwerte	
			31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	0,0	0,0
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	9,2	11,6
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	30,5	26,9
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	37,6	41,1
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	3,8	4,3
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			18,9	16,1
			100,0	100,0

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Buchwerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
inländische Emittenten			39,7	38,9
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	33,3	36,4
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	15,1	12,7
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	3,0	3,4
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	7,7	7,3
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	1,2	1,3
			100,0	100,0

Zum Stichtag 31.12.2016 hatte die Sparkasse eine Anleihe über 1,0 Mio. EUR aus Irland (Rating A+ / A3) und somit eine Staatsanleihe der PIIGS-Staaten im Bestand. Von griechischen Unternehmen und Kreditinstituten emittierte Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse. Der Anteil von Unternehmens- und Bankanleihen aus den PIIGS-Staaten beträgt 5,3 % des Gesamtbestandes. Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse gesonderte Regelungen festgelegt, die mindestens jährlich überprüft werden.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	0,0	5,0
2) Schuldscheindarlehen Kreditinstitute	3,0	4,0
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	69,5	64,7
4) Sonstige Investmentfonds	15,9	12,2
	88,4	85,9

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikioermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Im Normalfall werden die Risiken mit einer 99 % igen Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 500 Handelstage. Es wird eine 63-tägige Haltdauer unterstellt. Darüber hinaus wird der Wert des Portfolios unter Zugrundelegung unterschiedlicher Annahmen über die künftige Zinsentwicklung simuliert, wobei eines der Szenarien einen um 100 Basispunkte Ad-hoc-Zinsanstieg darstellt. Diese quartalsweise durchgeführten Simulationen zeigen mögliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis der Sparkasse, so dass ggf. Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der Abteilung Unternehmenssteuerung/Vertriebsmanagement mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Vorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Vorstand wird wöchentlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse unterrichtet. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten lagen im vierten Quartal aufgrund der Zinsentwicklung leicht über den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die quartalsweise Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt und ist durch das bereitgestellte Risikodeckungspotenzial abgedeckt. Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2016 immer innerhalb der vorgegebenen Limite.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 20,03 %. Vor dem Hintergrund der ausreichenden Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	5.347	1.662

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am 31.12.2016. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zur Sicherstellung der Liquidität im Tagesverlauf überprüft die Sparkasse im Rahmen der täglichen Disposition der Zahlungseingänge und -ausgänge, ob die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,71 und 4,77. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätsverrechnungssystems. Ein Institut muss unter anderem in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse hat ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) eingeführt.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie und den internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste. Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 1,2 Mio. EUR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über die operationellen Risiken informiert. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,1 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist in der handelsrechtlichen Betrachtung gegeben. Das von der Sparkasse festgelegte Gesamtbanklimit wurde im Jahr 2016 eingehalten und war am 31.12.2016 mit 70,6 % ausgelastet. Die ab 2017 eingesetzte rollierende Risikotragfähigkeitsberechnung zeigt ein Ergebnis von 74,3 %. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stress-tests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,03 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

In den Industrieländern ist in den kommenden Monaten mit einer Fortsetzung des moderaten Aufschwungs zu rechnen. In den USA dürfte die Wirtschaft – getrieben von der guten Arbeitsmarktlage – wieder kräftiger expandieren. In Japan sorgt die weiterhin expansive Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik für eine fortgesetzte Erholung. Für Großbritannien ist trotz des Brexit-Votums eher nicht mit einem Einbruch der Konjunktur zu rechnen. Im Euro-Raum sollte die Konjunktur weiter leicht aufwärts gerichtet bleiben. Triebfeder bleibt jedoch die expansive Geldpolitik, wodurch ungelöste strukturelle Probleme verdeckt werden. In zahlreichen Schwellenländern trägt die Stabilisierung der Rohstoffpreise dazu bei, dass die Wachstumsraten wieder zulegen.

Nach 3,0 % im Jahr 2015 erwartet der Sachverständigenrat für das Jahr 2016 einen Zuwachs der Weltproduktion um 2,5 %. Im kommenden Jahr sollte sich das Weltwirtschaftswachstum auf 2,8 % belaufen. Der Welthandel dürfte in den Jahren 2016 und 2017 um 0,3 % bzw. 2,7 % zulegen. Im Jahr 2015 wuchs der Welthandel um 2,5 %. Für den Euro-Raum wird ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % bzw. 1,4 % für die Jahre 2016 und 2017 erwartet.

Für das Jahr 2017 ist in Deutschland ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,3 % zu erwarten. Hauptantriebskräfte der Konjunktur bleiben die privaten Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen. Die Inflationsrate wird im kommenden Jahr wieder deutlich steigen, und zwar auf voraussichtlich 1,6 %. Die preisdämpfenden Wirkungen der Rohölpreise laufen aus. Maßgeblich für den Preisauftrieb ist aber, dass die Arbeitskosten vor dem Hintergrund der guten Konsumkonjunktur und der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten weiter zunehmen und nach und nach in höheren Preisen weitergegeben werden.

Der Konjunkturaufschwung wird sich auch in Westfalen-Lippe mit leicht erhöhter Dynamik mindestens bis in den Spätsommer dieses Jahres hinein fortsetzen. Treibende Kräfte bleiben der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen. Die Exporte legen im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft voraussichtlich leicht zu. Bei den Investitionen zeigen sich die hiesigen Unternehmen weiter zurückhaltend. Ausschlaggebend ist die erhöhte Unsicherheit hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Handelsperspektiven. Wir gehen jedoch davon aus, dass größere Investitionen zukünftig wieder vorgenommen werden. Da aufgrund des niedrigen Zinsniveaus eine rege Kreditnachfrage zu verzeichnen ist, erwarten wir für das private Kreditgeschäft eine positive Entwicklung. Wir planen insgesamt mit einem Wachstum von 2,5 %. Dies soll durch eine gezielte Kundenansprache erreicht werden, insbesondere auch von Nichtkunden der Sparkasse.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinsphase streben wir aber kein Wachstum in bilanzwirksamen Passivprodukten an, sondern möchten in dem für die Kunden ertragreicheren Wertpapiergeschäft einen Bruttoabsatz von 10 Mio. EUR erreichen.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir für das Folgejahr einen Anstieg um 3,7 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2017 von einem moderaten Wachstum aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht vollständig stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das prognostizierte, leicht negative Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

Weitere Chancen versprechen wir uns auf dem Weg zur Multikanalsparkasse. Mit den begonnenen Projekten erzielt die Sparkasse mit der geplanten Differenzierung des Leistungsangebots in den Geschäftsstellen und über ein wettbewerbsfähiges Multikanalangebot eine bessere bedürfnisorientierte Kundenfokussierung. Neukundengewinnung und Steigerung der Produktnutzung in allen Kundensegmenten könnten schneller vorangehen als geplant. Im Ergebnis dessen könnten die Provisionseinnahmen stärker steigen.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind keine größeren Investitionen geplant. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50 liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt deutlich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich aber im Vergleich zu 2016 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2017 nur zu einer leichten konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommen wird. Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate das Zinsniveau weiterhin auf dem niedrigen Niveau zu belassen. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir derzeit weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Trotz des geplanten Kreditwachstums rechnen wir mit einem leicht unter dem Vorjahr liegenden Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leicht steigenden Provisionsergebnis um 0,5 % aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden sich nach unseren Planungen auf 1,81 % der Durchschnittsbilanzsumme im Jahr 2017 belaufen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse sowie der Personalveränderungen wird sich ein Personalaufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 1,17 % im Jahr 2017 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt und der Sachaufwand nur im begrenzten Rahmen auf 0,64 % der Durchschnittsbilanzsumme steigen. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2017 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,55 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 296 Mio. EUR.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise und den damit verbundenen Kurschwankungen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von rund 0,08 % der Durchschnittsbilanzsumme in unserer Planung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Für das Jahr 2017 ist mit einem leicht negativen Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft von ebenfalls rund 0,08 % der Durchschnittsbilanzsumme zu rechnen. Damit wird insgesamt von einem über dem Niveau von 2016 liegenden Bewertungsaufwand ausgegangen. In der Unternehmensplanung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste aus dem Kreditrisikomodell. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die ab 2016 mögliche Aussetzung der Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die EAA voraussichtlich nicht mehr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der "Geschäftsstrategie der Sparkassen" des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2017 erwarten wir gemäß dieser Definition eine bilanzielle Eigenkapitalrentabilität von 3,5 %.

Bei der Cost-Income-Ratio erwarten wir für 2017 mit einem Verhältnis von 76,8 % einen höheren Wert als 2016.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert sein. Die Gesamtkapitalquote von 14,03 % überschreitet den aktuell nach CRR vorgeschriebenen Mindestwert von 10,65 % (8 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des Kapitalzuschlags aus der Allgemeinverfügung für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) deutlich. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016



der
Sitz

Sparkasse Geseke
Geseke

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Paderborn
A/3776

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		2.444.834,21		2.296
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		1.918.808,91		1.887
			4.363.643,12	4.183
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		7.590.328,28		7.228
b) andere Forderungen		3.039.142,22		9.041
			10.629.470,50	16.269
4. Forderungen an Kunden			183.393.192,70	173.794
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	91.421.967,15 EUR			(92.242)
Kommunalkredite	3.074.835,64 EUR			(2.736)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		6.741.852,41		5.736
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.690.514,98 EUR			(4.677)
bb) von anderen Emittenten		62.807.544,11		58.949
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	56.363.645,61 EUR			(51.965)
			69.549.396,52	64.684
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00 EUR			(0)
			69.549.396,52	64.684
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			15.932.345,88	12.233
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			3.902.417,42	3.881
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			217.327,89	28
darunter:				
Treuhandkredite	217.327,89 EUR			(28)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.898,00		4
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			1.898,00	4
12. Sachanlagen			1.949.139,68	2.025
13. Sonstige Vermögensgegenstände			107.400,38	173
14. Rechnungsabgrenzungsposten			43.351,06	38
Summe der Aktiva			290.089.583,15	277.311

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		0,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		47.502.126,44		46.805
			47.502.126,44	46.805
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	53.447.222,54			50.583
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	29.618.999,87			30.262
		83.066.222,41		80.845
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	91.926.374,00			79.651
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	35.044.407,05			38.921
		126.970.781,05		118.572
			210.037.003,46	199.416
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
			0,00	0
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten			217.327,89	28
darunter:				
Treuhandkredite	217.327,89 EUR			(28)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			145.987,49	179
6. Rechnungsabgrenzungsposten			12.625,24	45
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.813.598,00		4.871
b) Steuerrückstellungen		132.720,00		1
c) andere Rückstellungen		1.301.603,48		1.270
			6.247.921,48	6.142
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.500.000,00	9.500
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	15.196.073,52			14.993
		15.196.073,52		14.993
d) Bilanzgewinn		230.517,63		203
			15.426.591,15	15.196
Summe der Passiva			290.089.583,15	277.311
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.883.013,30		2.460
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			2.883.013,30	2.460
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		14.556.485,95		27.306
			14.556.485,95	27.306

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.756.311,12			6.731
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	416.774,00	EUR		(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.792.254,61			2.054
		8.548.565,73		8.785
2. Zinsaufwendungen		3.569.813,79		3.430
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	594.302,30	EUR		(234)
			4.978.751,94	5.355
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		269.494,85		268
b) Beteiligungen		107.567,14		108
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			377.061,99	375
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		2.051.168,75		1.887
6. Provisionsaufwendungen		132.348,29		122
			1.918.820,46	1.765
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			92.652,80	68
9. (weggefallen)				
			7.367.287,19	7.563
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	2.609.281,78			2.649
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	831.713,41			1.122
darunter: für Altersversorgung	312.710,93	EUR		(611)
		3.440.995,19		3.771
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.604.728,15		1.724
			5.045.723,34	5.494
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			180.862,43	206
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			156.051,45	113
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		484
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		125.289,71		0
			125.289,71	484
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		294.448,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			294.448,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			1.000.000,00	600
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			815.491,68	666
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		568.863,46		447
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		16.110,59		15
			584.974,05	462
25. Jahresüberschuss			230.517,63	203
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			230.517,63	203
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			230.517,63	203
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			230.517,63	203

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Hierbei waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 22.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind bzw. die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Demnach werden alle Wertpapiere an einem aktiven Markt gehandelt und wurden somit am 31.12.2016 mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Anteilsbesitz

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Soweit steuerlich höhere degressive Abschreibungssätze zugelassen sind, werden diese angewandt.

Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien für Weiterleitungsdarlehen werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und kapitalanteilig auf die Dauer der Festzinsvereinbarung abgegrenzt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % bzw. künftige jährliche Erhöhungen in der gesetzlichen Rente von 1,1 % unterstellt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Änderung des § 253 HGB. Der Bezugszeitraum für die Ermittlung des Durchschnittzinssatzes wurde von 7 auf 10 Jahre verlängert. Zum 31.12.2016 beträgt der Zinssatz für den Betrachtungszeitraum von 7 Jahren 3,22 % und für den Betrachtungszeitraum von 10 Jahren 4,00 %. Aus dieser Änderung der Bewertungsmethode ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um TEUR 417 (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die als Zinsertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Abweichend zum Vorjahr wird bei den Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes von TEUR 382 (Vorjahr TEUR 357) entsprechend dem Ausweishwahlrecht nach IDW RS HFA 30, TZ 87, anstatt im Personalaufwand nun im Zinsergebnis ausgewiesen. Dadurch wird insbesondere bezogen auf die Entwicklung des Personalaufwands eine sachgerechtere Darstellung und Entwicklung der Ertragslage gewährleistet.

Ein Altersteilzeitvertrag wurde auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,35 % für 2017 bzw. 2,0 % für die Folgejahre angenommen. Die Restlaufzeit des Vertrages beträgt 4 Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit des einzelnen Vertrages entsprechenden Zinssatz.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position und für Pensionsrückstellungen im Zinsergebnis ausgewiesen.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 19.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	7.449	12.078

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	108	122

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	69.549
nicht börsennotiert	-

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere:

Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	6.577
nicht börsennotiert	9.355

Aktiva 7 – Beteiligungen

An folgenden Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, halten wir eine Beteiligung im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	Münster	0,21	1.082.093 (31.12.2015)	0 (31.12.2015)
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG	Neuhardenberg	0,02	3.365.000* (31.12.2015)	153.000* (31.12.2015)

* gemäß Konzernjahresabschluss

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 9 – Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden. Weiterleitungsdarlehen mit einer 100 %-igen Haftungsfreistellung (196 TEUR) werden abweichend zum Vorjahr nunmehr unter den Treuhandkrediten ausgewiesen.

Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	1.587
Betriebs- und Geschäftsausstattung	340

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 13 - Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen zu etwa 50 % auf Forderungen aus dem Verbundgeschäft.

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Verbindlichkeiten	12	22

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 18.788 als Sicherheit übertragen worden.

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 5 – Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen überwiegend auf noch abzuführende Steuern.

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Forderungen	12	22

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt zum 31.12.2016 TEUR 417. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Zum Bilanzstichtag betragen die gesamten ausschüttungsgesperrten Beträge TEUR 417.

Eventualverbindlichkeiten

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten entfallen überwiegend auf Gewährleistungs-, Vertragserfüllungs-, Vorauszahlungs- und Kreditbürgschaften.

Andere Verpflichtungen

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Anderen Verpflichtungen entfallen auf unwiderrufliche Kreditzusagen.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinn- und Verlustrechnung 1 – Zinserträge

Für Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 saldiert in Höhe von EUR 3.136,64 (Vorjahr: EUR 0,00) ausgewiesen.

In dem Posten sind Erträge aus der Änderung des Abzinsungssatzes von Rückstellungen in Höhe von TEUR 417 (Vorjahr TEUR 0) enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 2 – Zinsaufwendungen

Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 saldiert in Höhe von EUR 1.819,30 (Vorjahr: EUR 0,00) ausgewiesen.

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Änderung des Abzinsungssatzes von Rückstellungen in Höhe von TEUR 382 (Vorjahr TEUR 357) enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 5 – Provisionserträge

Mehr als ein Drittel der Provisionserträge entfällt auf Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträgen, Immobilien und Investmentanteile).

E. SONSTIGE ANGABEN

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2017 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	---	---	1.000	2.000	---	---
4. Forderungen an Kunden	3.567	11.164	50.766	109.916	7.785	---
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	---	---	---	---	---	8.064
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	447	6.390	25.711	14.626	---	---
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	157	28.611	782	69	---	---
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.857	2.282	23.658	3.669	---	---

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
<u>Aktive latente Steuern</u>	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB / §26a KWG a.F.
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,95 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,78 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Die Sparkasse Geseke ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2016 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2016 TEUR 187.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2015 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 6.305 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die "Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung". Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2016 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2017 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt ist, besteht aus:

1. **Freiwillige Institutssicherung**
Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.
2. **Gesetzliche Einlagensicherung**
Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Die Sparkasse ist nach § 48 Abs. 2 Nr. 5 EinSiG verpflichtet, gegenüber dem SVWL und dem DSGVO als Träger des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe zu garantieren, dass die Jahres- und Sonderbeiträge sowie die Sonderzahlung geleistet werden.

Für die Sparkasse beträgt das bis zum Jahr 2024 aufzubringende Zielvolumen TEUR 712. Bis zum 31.12.2016 wurden TEUR 267 eingezahlt.

Das EinSiG lässt zu, dass bis zu 30 % der Zielausstattung der Sicherungssysteme in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Payment Commitments) aufgebracht werden können. Von dieser Möglichkeit hat die Sparkasse in Höhe von TEUR 16 Gebrauch gemacht. Die Payment Commitments sind vollständig durch Finanzsicherheiten unterlegt.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 4,5 Mio. in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen, davon wurden bisher EUR 0,9 Mio. angespart. Nach Ablauf von 7 Jahren fand unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Danach liegen die in den Verträgen mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarten Voraussetzungen zur Aussetzung der weiteren Dotierung der Ansparrücklage vor. Die Sparkasse hat im Jahr 2016 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Dotierung der Ansparrücklage auszusetzen. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, wird die Sparkasse in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,21 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbandes eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	124

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ausschließlich feste Bezüge (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %). Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

Vorstand	2016		
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamtvergütung TEUR
Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender	165	---	165
Marx, Bernd Mitglied	135	29	164
Summe	300	29	329

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen die vom Arbeitgeber übernommenen Umlagen zur Zusatzversorgungskasse. Des Weiteren erhält Herr Marx eine Zulage zum Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Schniedermeier Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen mit seinem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Schniedermeier beträgt derzeit 40 % der Jahresvergütung. Im Falle der regulären Beendigung der Tätigkeit hat Herr Schniedermeier Pensionsansprüche in Höhe von 50 % der festen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlung die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung angewendet.

Vorstand	Im Jahr 2016 der Pensionsrückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2016 TEUR
Schniedermeier, Meinolf Vorsitzender	23	821

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Marx Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgrundbetrags, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist.

Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von EUR 130 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	TEUR	Name	TEUR
Van der Velden, Dr. Remco	3,1	Bigge, Hans-Joachim	1,2
Kersting, Thomas	1,4	Karbstein, Reinhard	0,5
Menne, Peter	1,2	Koch, Christian	0,7
Lohn, Werner	1,0	Schuster, Linda	0,1
Tebbe, Michael	0,4	Trampe-Kieslich, Gaby	0,3
Blömeke, Bernd	1,0	Kleine, Hans-Josef	0,3
Gerling, Wilhelm	0,9	Cordisco, Fabio	0,1
		Insgesamt	12,2

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 231 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2016 TEUR 3.327.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2016 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen TEUR 89 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 805 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2016	2015
Vollzeitkräfte	31	34
Teilzeit- und Ultimo-kräfte	28	27
	59	61
Auszubildende	6	7
Insgesamt	65	68

Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht eingetreten.

Verwaltungsrat

Mitglieder

Dr. Remco van der Velden
Vorsitzendes Mitglied
Bürgermeister

Thomas Kersting
1. Stv. d. vors. Mitglieds
Selbständiger Bauingenieur

Peter Menne
2. Stv. d. vors. Mitglieds
Angestellter Ingenieur im Bereich
Wasserwirtschaft

Werner Lohn
Landtagsabgeordneter

Michael Tebbe
Werksleiter und Prokurist
in einem Unternehmen der
Zementindustrie

Bernd Blömeke
Selbstständiger Malermeister

Wilhelm Gerling
Konstruktions- und
Entwicklungstechniker

Hans-Joachim Bigge
Polizeibeamter i. R.

Reinhard Karbstein
Sparkassenangestellter

Christian Koch
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Karl Georg Kasperski
Sozialarbeiter i. R.

Carl Schübeler
Einzelhandelskaufmann

Linda Schuster
Leiterin Produktmanagement in einem
Unternehmen der Möbelindustrie

Gabriele Trampe-Kieslich
Selbstständige Apothekerin i. R.

Josef Sauerland
Softwareentwickler

Hans-Georg Rössing
Kriminalbeamter i. R.

Hans-Josef Kleine
Polizeibeamter i. R.

Fabio Cordisco
Sparkassenangestellter

Susanne Hoffmann
Sparkassenangestellter

Vorstand

Meinolf Schniedermeier
Vorsitzender

Bernd Marx

Geseke, 24.03.2017

Der Vorstand

Schniedermeier

Marx

Anlage Anlagenspiegel

	Entwicklung des Finanzanlagevermögens (Angaben in TEUR)			
	Schuldver- schreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Veränderungen saldiert *	---	---	22	---
Buchwerte				
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	---	---	3.881	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	---	---	3.903	---

* Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

	Entwicklung des Sachanlagevermögens (Angaben in TEUR)		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	75	8.551	---
Zugänge	---	103	---
Abgänge	---	111	---
Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	75	8.543	---
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	71	6.526	---
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2	179	---
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	---
Abschreibungen			
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	---	111	---
Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	73	6.594	---
Buchwerte			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	4	2.025	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2	1.949	---

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2016

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Geseke hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Geseke besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Geseke definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Publikumsfonds und Beteiligungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 TEUR 7.367.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 53.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 815.

Die Steuern auf Gewinn betragen TEUR 569.

Die Sparkasse Geseke hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Geseke für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 16.05.2017

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Prüfungsstelle



A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Thiemann', is written over the printed name.

Thiemann
Wirtschaftsprüfer